



move

## UNSERE LEITLINIEN

*Wer wir sind, wo wir stehen, was wir wollen*



*Im März 2020* gründeten politisch interessierte Bürgerinnen\* aus Rheda-Wiedenbrück die Wählergemeinschaft „move – Bürger bewegen Rheda-Wiedenbrück e. V.“.

Ziel von move war und ist es, Bewegung in das politische Leben in Rheda-Wiedenbrück zu bringen und eine Option für alle zu sein, die die politische Situation ändern und neue Wege gehen möchten, jenseits der Politik der etablierten Parteien.

\*aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird von uns entweder die weibliche oder männliche Form verwendet und auf den Genderstern verzichtet

Unser erstes Etappenziel war es, zur Kommunalwahl im September 2020 anzutreten. Die 19 Wahlkreise wurden besetzt, und das Wahlergebnis mit 21,87% hat unseren Ideen und Vorstellungen Recht gegeben. move ist die zweitstärkste Kraft im Rat und hat in den zwei Jahren der laufenden Legislaturperiode schon viel erreicht!

Mit diesen Leitlinien wollen wir Ihnen mitteilen, wofür wir stehen und was unsere langfristigen Ziele sind. Auch wenn es move mittlerweile schon über zwei Jahre gibt, kennt uns noch nicht jeder Bürger Rheda-Wiedenbrücks, bzw. weiß er nicht so genau, wofür wir stehen. Das soll sich hiermit ändern. move übt keinen Fraktionszwang aus, denn bei uns steht die Meinung des Einzelnen im Fokus der Diskussion, unser gemeinsames Ziel ist die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt.

Ob es um einen neuen Bebauungsplan, die Einrichtung eines Bürgerrats, die Bodenvorratshaltung, die Kita oder das Blühwiesenprojekt geht: vor Ort, in der Stadt, gestalten wir das Zusammenleben. move leitet der Gedanke, dass gute Politik eine gute Zukunft ermöglicht.

Die großen Aufgaben, vor denen wir stehen, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und Europas, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Zeiten der Corona- und Klimakrise, können und müssen wir auch innerhalb der Stadtgesellschaft gestalten.

Wir brauchen Sie, die Bürgerinnen, und Ihr Vertrauen, weil sich der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunft auch vor Ort entscheiden wird.

*Nur zusammen können wir für eine innovative Wirtschaft, für starke Familien, eine vielfältige Gesellschaft und eine gesunde Natur in unserer Stadt arbeiten.*

***move unterscheidet sich von anderen Parteien aufgrund der Vielfalt der politischen Vorstellungen – liberale, soziale und konservative Vorstellungen haben bei uns Raum***

Von 39.193 Wahlberechtigten haben sich nur 49,2 % an der Kommunalwahl beteiligt. 21,87 % der Wählerinnen sorgten bei der Wahl für eine faustdicke Überraschung, da sie ihr Kreuz bei move machten und so für ein politisches Erdbeben sorgten. Daraus ergab sich auch, dass der neue Stadtrat statt bislang 38 nun 52 Mitglieder hat.

Das Resultat ist, dass Rheda-Wiedenbrück bis zur nächsten Kommunalwahl ohne eine feste Koalition regiert wird. Wechselnde bzw. offene Mehrheiten in der aktuellen Wahlperiode sind eine Chance für den demokratischen Prozess in der Kommune.

Die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen ist bundesweit erschreckend niedrig. Dabei ist das Interesse am lokalen Geschehen – auch an der Kommunalpolitik – unverändert groß. Hier ist eine Analyse der Gründe notwendig, um der Entwicklung parteiübergreifend entgegenzusteuern.

***Mit der Kommunalwahl 2020 wurde die seit 2004 bestehende absolute Mehrheit der CDU in Rheda-Wiedenbrück beendet***

Kommunalpolitik muss transparenter werden. Eine verständliche und gleichwohl umfassende Darstellung des jeweiligen Sachverhalts als Grundlage der Entscheidungsprozesse schafft die erforderliche Transparenz.

Je mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bei kommunalpolitischen Entscheidungen geschaffen werden, desto häufiger werden sie veranlasst, sich über die wichtigen Belange der Stadt in den Entscheidungsprozessen Gedanken zu machen.



*Die Kommunalpolitik* unserer Stadt steht, nicht zuletzt in Folge der Corona-Pandemie, in den kommenden Jahren vor einer großen finanziellen Herausforderung. Diese kann nur durch eine innovative Politik gelingen, die sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen orientiert.

Die Aufgaben, die ganz Deutschland durch die Corona-Pandemie und die aktuelle Ukrainesituation bewältigen muss, sind vielfältig. Die Krise trifft dabei insbesondere die Kommunen hart. Zum einen geraten Städte und Gemeinden wirtschaftlich unter Druck. Die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und die dadurch bedingten und teilweise angeordneten Unternehmens- und Geschäftsschließungen schlagen sich unmittelbar im Einbruch der Gewerbesteuern für die kommunalen Einnahmen nieder.

Städte und Gemeinden müssen auch 2021 und 2022 mit deutlich weniger Steuereinnahmen rechnen, als vor der Corona-Krise prognostiziert wurden. Das bestätigt die aktuelle Steuerschätzung. Gleichzeitig drohen die wichtigen Zuweisungen der Länder an ihre Kommunen zu sinken. Denn diese Zuweisungen hängen vielerorts von der Entwicklung der Einkommenssteuer in diesem Jahr ab.

Des Weiteren ist mit einem Anstieg der Firmeninsolvenzen zu rechnen. Aufgrund der temporär gelockerten Regelungen zur Insolvenzanmeldung ist allerdings aktuell nur schwer abschätzbar, wie viele Unternehmen durch die pandemiebedingte Wirtschaftskrise aus dem Markt ausscheiden werden.

*Es bleibt wichtig, auch auf Kommunalebene ein unkompliziertes Ineinandergreifen aller politischen Ebenen zu gewährleisten, um alle Reform- und Konjunkturpakete wirksam umzusetzen.*

*Seine Stadt zu kennen* ist eine Sache. Darüber nachzudenken, wie sie in Zukunft aussehen soll, eine andere. Rheda-Wiedenbrück hat sich in den letzten Jahren bereits gewandelt. Wir konnten und können neue Gesichter willkommen heißen, unser Stadtleben selbst hat ein neues Gesicht bekommen. Rheda-Wiedenbrück wächst – im Gegensatz zu vielen anderen Städten. Vieles wurde und wird vor allem in der hiesigen Kommunalpolitik über Wirtschaftsfragen diskutiert und bestimmt.

Die Wirtschaftsentwicklung ist die eine Seite, die andere ist unser Leben in dieser Stadt, unser Alltag, unsere persönliche Sicht auf die Stadt sowie unsere Ziele, Wünsche und Hoffnungen, die wir mit unserem Lebensmittelpunkt Rheda-Wiedenbrück verbinden.

Wir wollen mit unserer Kraft für ein Stadtleben eintreten, welches Modernität, Menschlichkeit und kulturelle Vielfalt verbindet. Eine Stadt, die zukunftsorientiert ist. Wir stehen für eine „Soziale Stadt“. Der Begriff „Soziale Stadt“ verweist auf die Notwendigkeit, Planungsprozesse nicht nur sektoral, sondern ganzheitlich zu gestalten. Das bedeutet z. B., bei der Stadtentwicklung Bauvorhaben, Verkehr, Umwelt und soziale Belange im Zusammenhang zu betrachten.

Ziel ist, bei immer schnellerer Veränderung von Rahmenbedingungen und Anforderungen an die Stadt, eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

*Wir wollen uns nicht zuletzt auch an den spürbaren politischen Impulsen, die wir unserer Stadt geben, messen lassen:*

- » *Rheda-Wiedenbrück soll in den nächsten Jahren nachhaltig wachsen*
- » *Wir fördern die Entwicklung neuer Formen zur Belebung der Innenstädte*
- » *Wir setzen uns dafür ein, die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu steigern, Angsträume zu identifizieren und zu beseitigen sowie der Präsenz des Ordnungsdienstes zu erhöhen*

*Rheda-Wiedenbrück* steht vor den bekannten globalen Herausforderungen – des Weiteren muss der soziale Frieden innerhalb der Stadtgesellschaft sichergestellt werden.

Die staatlichen Zuweisungen werden für die Finanzierung der kommunalen Haushalte immer wichtiger. Die Kommunen geraten zunehmend in die finanzielle Abhängigkeit von Bund und Ländern. Außerdem sind sie natürlich von der wirtschaftlichen Ertragskraft der örtlichen Unternehmen abhängig. Zwar werden die Kommunen ihre Investitionen immer zu einem erheblichen Teil über Kredite finanzieren, aber der Zwang, den Kreditmarkt im zunehmenden Maße in Anspruch zu nehmen, hat große laufende Belastungen zur Folge. Die kommunalen Haushalte werden immer mehr eingeeignet.

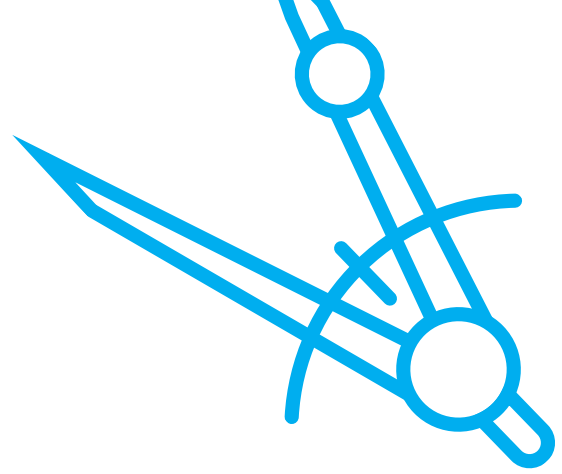
Die heimische Finanzwirtschaft ist derzeit außerdem durch folgende Strukturprobleme gekennzeichnet: Der überwiegende Teil der unabweisbaren oder kommunalpolitisch zu fordernden Ausgaben hat besonders hohe Zuwachsraten. Der Zuwachs der Steuereinnahmen

bleibt jedoch dahinter zurück. Der Anteil der hiesigen Steuereinnahmen ist trotz der Gemeindefinanzreform zurückgegangen.

Die derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben jedoch auch zur Folge, dass die jährlich im Rahmen des Haushalts freigegebenen Investitionsmittel nicht vollständig abgerufen werden können. Dies begründet sich zum einen in begrenzten Verfügbarkeiten von Fachbetrieben, die notwendige Arbeiten ausführen könnten. Auf der anderen Seite sind auch die Kapazitäten der städtischen Verwaltung begrenzt. Hinzu kommt, dass die Steuereinnahmen aufgrund der noch andauernden Pandemielage in den kommenden Jahren laut Prognosen sinken werden.

*Daher setzen wir uns vor allem dafür ein:*

- » *Eine sorgfältig durchdachte Einnahmen- und Ausgabenpolitik*
- » *Eine realistische und an den vorhandenen Kapazitäten orientierte Planung der investiven Mittel*
- » *Eine kontinuierliche Prüfung und ggf. Re-Priorisierung abzuarbeitender Projekte.*
- » *Die Einhaltung festgelegter und durch die Politik genehmigter Budgetgrenzen*

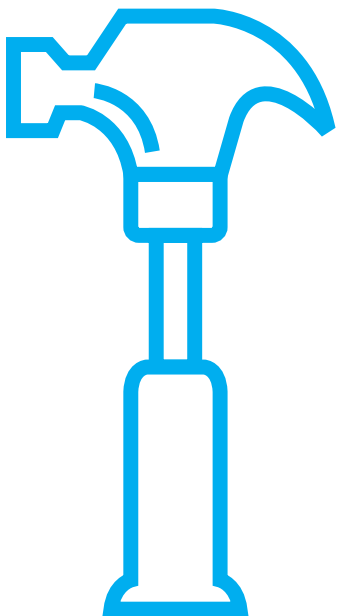


*Die Stadt Rheda-Wiedenbrück* erfreut sich einer stetig wachsenden Bevölkerung. Schätzungen zu Folge werden in Rheda-Wiedenbrück jährlich mehr als 150 neue Wohneinheiten benötigt. Der Zuzug bedingt die Schaffung neuen Wohnraums. Dies geschieht heute durch Erschließung neuen Baulands in den Außenbereichen der Stadt. Zudem wird durch Nachverdichtung auch in den bestehenden, innerstädtischen Wohngebieten das Wohnraumangebot erweitert.

Durch den fortwährenden Bedarf nach neuem Wohnraum konnte in den letzten fünf Jahren ein enormer Preisanstieg, sowohl beim Bauland als auch bei Bestandsimmobilien und Mieten, beobachtet werden. Diese Preisentwicklung erschwert es zum Beispiel sozial schwächer gestellten Bürgern oder jungen Familien in Rheda-Wiedenbrück, sesshaft zu werden.

*Wir setzen uns ein für:*

- » *Eine gleichberechtigte Entwicklung beider Stadtteile*
- » *Die Schaffung neuen Wohnraums durch die gezielte und maßvolle Nachverdichtung innerhalb bestehender Wohngebiete*
- » *Die Etablierung einer gezielten Bodenvorratspolitik, die es ausschließlich der Stadt ermöglicht, Flächen zu erwerben und diese als Bauland auszuweisen, um Bodenspekulation zu verhindern und der Stadt die Möglichkeit zu geben, sämtliche Planungen und Auftragsvergaben selbst zu steuern*
- » *Dadurch sollen insbesondere die Interessen von jungen Familien und sozial schwächer gestellten Menschen berücksichtigt werden*
- » *Die Förderung neuer Wohnformen wie Genossenschaften, Mehrgenerationenhäuser, Baugemeinschaften*
- » *Unterstützung der Initiative „Jung kauft alt“, mit Schaffung entsprechender Etagen- oder Eigentumswohnungen für die ältere Generation in den Zentren*
- » *Eine ökologisch sinnvolle Bebauung*
- » *Gezielte Förderung von Familien, um notwendige Auflagen nicht einseitig weiterzugeben*





**Die Familie** in Deutschland kennt mittlerweile viele Erscheinungsformen, die sowohl gemeinsame als auch unterschiedliche Bedürfnisse haben. So vielfältig die Bezeichnungen, so verschieden auch die Lebensentwürfe: Mehrgenerationenfamilien, Großfamilien, Kleinfamilien, Kernfamilien, Patchworkfamilien, Pflegefamilien – um nur einige Beispiele zu nennen. Nur etwa ein Drittel aller Haushalte ist noch in der klassischen Vater-Mutter-Kind-Familie organisiert. Das eröffnet veränderte gesellschaftliche Perspektiven und erzwingt auch in der kommunalen Familienpolitik eine Neuorientierung.

Familienpolitik ist Generationenpolitik und umgekehrt. Familie bedeutet das Zusammenwirken der Generationen. Das sind die Kinder, die die Zukunft sind. Das sind die Eltern, die unseren Kindern einen guten Start ermöglichen. Das sind die älteren Menschen, von deren Erfahrungen alle profitieren können. Unser politisches Handeln soll sich sowohl an den verschiedenen Lebensformen und -entwürfen als auch am Miteinander der Generationen orientieren.

Eine familienfreundliche Politik gilt deshalb heute als ein entscheidender Standortfaktor. Insbesondere in Hinsicht auf den demografischen Wandel in unserer Gesellschaft ist er der entscheidende Punkt. Mit dem Begriff „Familienfreundlichkeit“ wird ein Rahmen beschrieben, in dem ein breites Angebot an hochwertiger Infrastruktur bei Kinderbetreuung und Schulbildung, ein kinder- und familienfreundliches Wohn- und Lebensumfeld sowie Angebote der Familienförderung und Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern bereitgestellt werden. Erst ein Zusammenwirken dieser verschiedenen Handlungsstränge macht eine familienfreundliche Politik aus.

*Um eine sichere Basis für Familien zu schaffen setzen wir uns ein für:*



» *Ein lokales Bündnis für Familien*

» *Sozial gerechte Kinderbetreuungskosten*

» *Eine Erweiterung des Familienpasses*

» *Flexible Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten*

» *Die komplette Abschaffung der Elternbeiträge*

*Eine an den Bedürfnissen* von Kindern und Jugendlichen orientierte Politik ist eine Investition in die Zukunft. Daher müssen wir verstärkt in ihre Bildung und Ausbildung, in neue Freizeitmöglichkeiten und in neue Wege der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Politik investieren. Kurz gesagt: Wer die Zukunft gewinnen will, muss die Kinder und Jugendlichen zu Gewinnern machen.

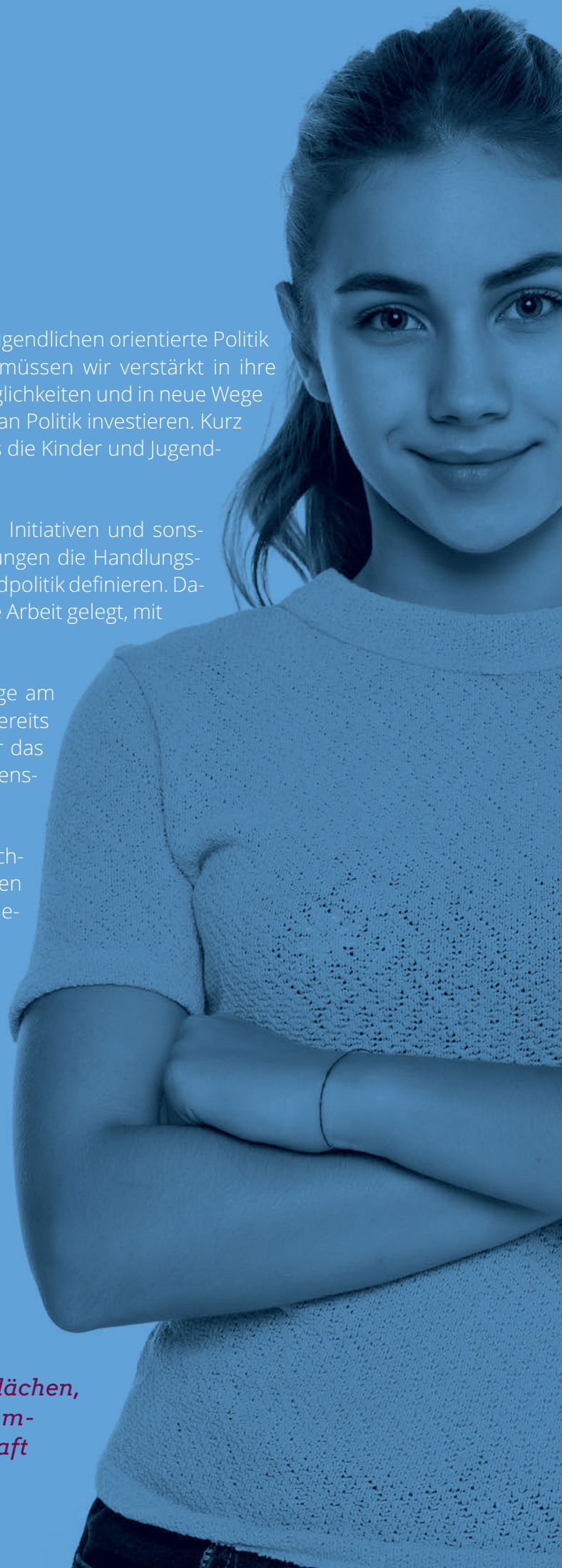
Wir wollen zusammen mit den Verbänden, Initiativen und sonstigen in der Jugendarbeit tätigen Gruppierungen die Handlungsprioritäten im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik definieren. Damit wird eine Leitschnur für die gemeinsame Arbeit gelegt, mit der sich jeder identifizieren kann.

Kinder und Jugendliche können ihre Belange am besten selbst vertreten. Dabei lernen sie bereits früh, sich zu engagieren, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen und ihre Lebenswelt aktiv mitzugestalten.

Wie besuchen regelmäßig Kindertageseinrichtungen, Spielplätze und Jugendeinrichtungen und informieren uns vor Ort über die Probleme, um zu zeigen: wir sind für sie da!

*Wir setzen uns ein für:*

- » *Die Berufung eines Kinder- und Jugendbeauftragten*
- » *Die Einrichtung einer altersgerechten Teilhabeform für Kinder und Jugendliche*
- » *Hilfepunkte im Stadtgebiet zum Schutz der Kids.*
- » *Für Treffmöglichkeiten und Spielflächen, sowie für die Akzeptanz dieses Raumbedürfnisses in der Stadtgesellschaft*



*Die Anforderungen* und der Anspruch an Schulen ist hoch und wächst kontinuierlich, weil auch die Herausforderungen, denen sich junge Menschen im Leben und besonders im Berufsleben stellen müssen, stetig wachsen.

Das Bevölkerungswachstum in Rheda-Wiedenbrück und auch der Zuzug von Menschen aus unterschiedlichsten Ländern mit ihren Familien stellt uns jetzt und auch in Zukunft vor wachsende Herausforderungen.

Das System Schule soll allen Kindern und Jugendlichen optimale und möglichst individuell angepasste Rahmenbedingungen bieten, um ihnen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion und Elternhaus gute Bildungschancen zu ermöglichen. Ziel ist es, die Kinder und Jugendlichen gut auf das Leben und den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Rahmenbedingungen sind motivierte und gut ausgebildete Lehrkräfte, eine moderne und flexible Infrastruktur in den Schuleinrichtungen sowie individuelle und innovative pädagogische Konzepte, um allen Kindern und Jugendlichen in ihrer individuellen Situation gerecht zu werden.

Die Inklusion soll an den Schulen bestmöglich und zum Wohle der Kinder und Jugendlichen erfolgen.

*Wir setzen uns daher dafür ein, dass:*

- » die städtischen Schulen eine bedarfsgerechte Ausstattung erhalten, um den heutigen und zukünftigen Aufgaben der Schulen gerecht zu werden*
- » die Verzahnung der Schulen mit örtlichen Vereinen sowie mit der Wirtschaft gefördert und verbessert wird*
- » es mehr Chancengleichheit im gesamten Bildungssystem gibt, auch und vor allem in Bezug auf die Migration*
- » Einrichtungen der Erwachsenenbildung (wie z. B. die Volkshochschule) durch die Politik gestärkt werden, um den Prozess des lebenslangen Lernens zu unterstützen*
- » mehr Ressourcen zur Sprachförderung an den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen geschaffen werden, um den gesellschaftlichen Prozess der Integration zu unterstützen*

*Der Bevölkerungszuwachs* der Stadt Rheda-Wiedenbrück in den letzten Jahrzehnten ist zu einem nicht unwesentlichen Teil auf externe Zuwanderung zurückzuführen. Ein Hauptteil der Zuwanderung ist bestimmt durch Arbeitsmigranten der Fleischindustrie, von denen viele auch heute noch nur temporär im Stadtgebiet leben.

Hier ergeben sich mehr denn je Problemstellungen im Zusammenhang mit einer nicht an Assimilation orientierten Integration dieser Bevölkerungsgruppe bei gleichzeitiger Wahrung ihrer kulturellen Wurzeln und Identitäten. Eine damit zu-

nehmende Ausformung und Wahrnehmung pluraler Kulturformen und Lebenswelten erweist sich für Rheda-Wiedenbrück als durchaus bereichernd, verlangt aber auch Aufmerksamkeit in vielen politischen Handlungsbereichen, um integrative Prozesse sicherzustellen und einer Entwicklung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.

Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein wechselseitiger Prozess. Nicht nur die Migranten müssen sich bewegen, sondern auch die, die hier schon länger leben.

*Wir setzen uns daher ein für:*

- » *Die Förderung von Bildungsaufgaben, hier besonders Sprachförderung*
- » *Die Qualifizierung junger Erwachsener mit Migrationshintergrund, für die die Eingliederung in den Arbeitsmarkt im Fokus steht*
- » *Die Etablierung einer Willkommenskultur bei allen mit der Thematik Migration und Integration involvierten Parteien*
- » *Das offene Aufnehmen von neuen Mitbürgern, um ihnen Einblicke in eine für uns selbstverständliche Verhaltenskultur zu zeigen*
- » *Die Förderung von interkulturellen Projekten*
- » *Die aktive Einbeziehung von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund in lokalpolitische Entwicklungen*
- » *Die Verpflichtung der Arbeitgeber, neu ankommenden Mitarbeitern interkulturell zu schulen und Ihnen eine für uns selbstverständliche Verhaltenskultur näher zu bringen*

*Eine Stadt* ohne ein breites und vielfältiges Kulturangebot bleibt sitzen – und das kann man im doppelten Sinne verstehen. Denn nur, wo es ein umfangreiches Kulturangebot für alle gibt, zieht es am Ende innovative, kreative und leistungsfähige Köpfe hin. Wer will schon in einer Stadt leben, die dem Vorurteil „Provinz“ auch in diesem Punkt Nahrung gibt? Vor allem, wenn es darum geht, Familien auf lange Zeit – womöglich für immer – in der Stadt zu halten.

An dieser Stelle muss die Politik der Stadt Rheda-Wiedenbrück in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kulturbehörden aktiver werden. Schützenfeste und Volksfeste sind ein wichtiger Bestandteil unserer Stadtkultur. Gleichsam wichtig ist aber auch eine freie Kulturszene, die in der Breite tätig sein kann.

Kunst- und Kulturschaffende sowie deren Institutionen haben in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Möglichkeiten, von den Förderprogrammen, Preisen und Stipendien der Landesregierung zu profitieren. Mit projektbezogener und institutioneller Förderung werden dabei vor allem Arbeiten zur Vermittlung von Kunst und Kultur unterstützt.

*Daher setzen wir uns dafür ein:*

- » *Die freie Kulturszene der Stadt stärker und akzentuierter zu fördern*
- » *Ein breites Kulturangebot für Kinder und Jugendliche zu etablieren*
- » *Die Selbstorganisation von kulturellen Projekten zu fördern*

*Der Sport* liefert einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität in unserer Stadt. Dem Sport kommt eine besondere Rolle sowohl in der Freizeitgestaltung als auch bei der Sozialisation und Integration zu. Vereins- und Freizeitsport erweitern die Belastbarkeit, stärken die Gesundheit und fördern den Zusammenhalt.

Somit ist ein attraktives Sportangebot die Grundlage einer lebendigen Stadt. Daher gehören die Sportanlagen in die Stadtteile und Quartiere.

Uns ist der Erhalt einer an den Bedürfnissen orientierten Sportinfrastruktur durch gezielten Aus- und Umbau sowie die Sanierung von Sportanlagen wichtig. Eine transparente Prioritätensetzung ist dabei unerlässlich.

Vereinssport ist undenkbar ohne das ehrenamtliche Engagement der vielen Aktiven in den Vereinen. Das Ehrenamt braucht hauptamtliche Begleitung und Beratung, braucht den Abbau bürokratischer Hindernisse.

*Daher setzen wir uns dafür ein:*

- » Die Vereine und deren ehrenamtlichen Mitarbeiter zu fördern und zu unterstützen, damit auch weiterhin ein breites und attraktives Sportangebot zur Verfügung gestellt werden kann*
- » Die Sportanlagen in den Stadtteilen und Quartieren instand zu halten*
- » Dass Wege gefunden werden, wie Sportstätten außerhalb des Schulsports, der Trainingszeiten und des Spielbetriebs der Vereine auch für nicht vereinsgebundene Aktivitäten offengehalten werden können*

*Kommunale Umweltpolitik* hat eine Schlüsselposition im aktiven Bemühen, Klimaneutralität zu erreichen und die Folgen des Klimawandels abzumildern.

Industrielle Einsparung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes muss auf Bundesebene geregelt werden, aber auch vor Ort gibt es für Rheda-Wiedenbrück Hebel, die es einzusetzen gilt.

Als Stadt muss Rheda-Wiedenbrück den Bürgerinnen und Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und sich hohe, aber machbare Ziele setzen und erreichen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sind wir für die Lösung vieler örtlicher Umweltprobleme eigenverantwortlich zuständig.

*Daher setzen wir uns ein für:*

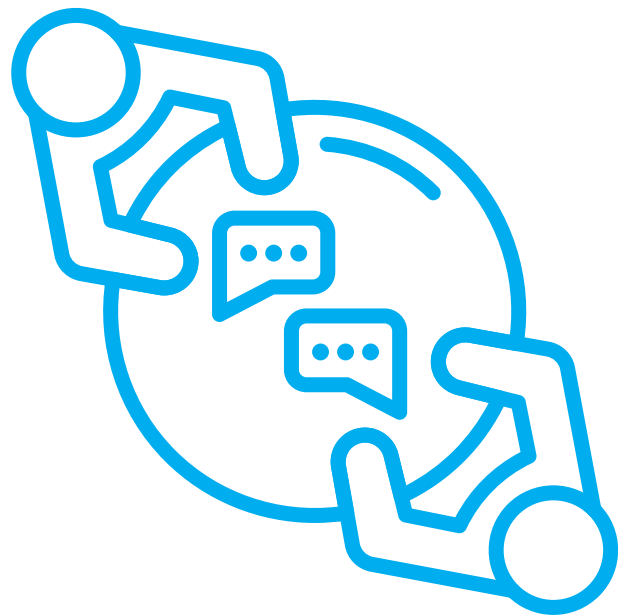
- » *Die umgehende Erstellung eines Umweltschutzkonzeptes, mit dezidierter Planung, was Rheda-Wiedenbrück bis wann durch welche Maßnahmen erreichen kann*
- » *Die Einrichtung eines Klimabeirates, der die Verwaltung dabei unterstützt. Er soll aus externen sachkundigen Bürgern und Organisationen, Verwaltung und Politik bestehen*
- » *Die Berücksichtigung von Klimaneutralität im Mobilitätskonzept. ÖPNV und Radverkehr müssen Teil dieses Umweltkonzeptes sein*
- » *Den Ausbau der erneuerbaren Energieressourcen für private, öffentliche und gewerblich genutzte Gebäude*

58,8% der Deutschen glauben laut der Studie „Mehr Mitsprache wagen“, dass es nicht genug Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger gibt und dass die gewählten Politikerinnen sich nicht dafür interessieren, was sie denken.

Bei der Kommunalwahl 2020 lag die Wahlbeteiligung in Rheda-Wiedenbrück bei erschreckenden 49%. Für die kommunale Praxis ist das partizipationsgestützte Miteinander von Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft überlebenswichtig. Politik muss den Mut aufbringen, innovativen Konzepten den nötigen Raum zu geben, sich zu entwickeln.

Entscheidungen des Stadtrates und der Verwaltung stoßen auf eine zunehmend kritische Stadtgesellschaft. Eine Möglichkeit, die Entscheidungen besser zu fundieren, optimalere Abwägungen zu treffen und letztlich mehr Akzeptanz zu erreichen, ist unserer Meinung nach, die punktuelle Einbeziehung der Bürgerinnen in Entscheidungsfindungsprozesse.

*Die Beteiligungsformen sind vielfältig, daher setzen wir uns ein für:*



- » *Einen Bürgerrat, um dem Stadtrat bürgernahe Handlungsvorschläge zu unterbreiten, insbesondere zu umstrittenen Themen*
- » *Den e-Bürgerdialog, eine Art Online-Beschwerde- und Anregungsverfahren*
- » *Das digitale Stadtgedächtnis, das im Sinne eines Wissensmanagements die Stadtgeschichte und die individuellen Erinnerungen der Bürgerinnen und Bürger miteinander verknüpft*
- » *Stadtteilbezogene „Märkte“ zur Stadtentwicklung als dezentraler Ansatz*
- » *Partizipative Spielplatzplanung, unter Beteiligung von Kindern*
- » *Leitbildprozesse durch offene Strategiekonferenzen und öffentliche Information*
- » *Die Internet-Übertragung von Stadtratssitzungen*



**Die Überalterung** der Gesellschaft stellt Landkreise, Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Die Kommunen als die Orte, in denen die Menschen leben, müssen auf die umfassenden Veränderungen reagieren und ihre kommunale Altenarbeit neu aufstellen und selbst gestalten.

Veränderungen der Altersstruktur, wachsende kulturelle Differenzierung, Veränderungen der Familienstrukturen und Singularisierung bringen einschneidende Veränderungen mit sich.

Dabei verläuft die Lebensphase „Alter“ individuell sehr unterschiedlich. Aktive, mobile, engagierte ältere Menschen, die ihr Leben weitestgehend selbstständig und selbstbestimmt gestalten, verfügen über vielfältige Potenziale und Ressourcen, die für die Stadtgesellschaft auch in unserer Stadt vorhanden sind und eingesetzt werden können.

Demgegenüber gibt es Senioren mit einem konkreten Bedarf an Hilfs- und Pflegeleistungen. Senioren als Zielgruppe müssen also differenziert betrachtet

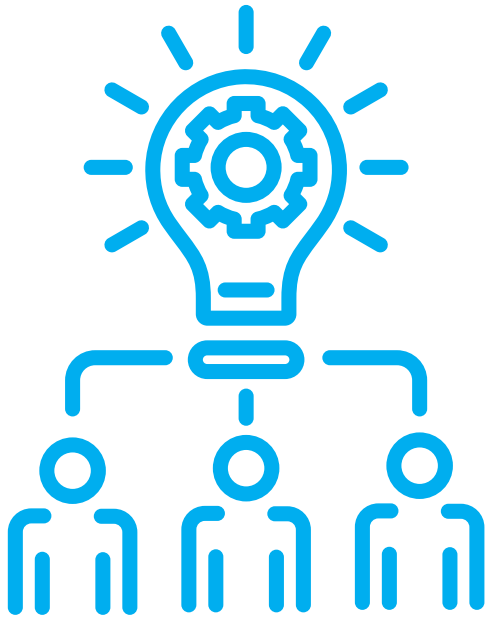
werden. Die kommunale Seniorenpolitik muss qualitativ aufgewertet und in der Breite eingesetzt werden; sie muss sich an Standards der Planungs- und Prozesssteuerung orientieren, Altersbilder diskutieren, das Zusammenspiel professioneller Dienste und primärer Sozialnetze mit einbeziehen und kommunale Politikfelder „alterskompatibel“ gestalten.

Dies betrifft die Politikfelder Bau- und Verkehrsplanung, Bildungsangebote und Gesundheitseinrichtungen, die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und die Seniorenwirtschaft. Es wird zukünftig nicht nur um ein anderes kommunalpolitisches und fachplanerisches Denken und Handeln gehen, sondern auf der Tagesordnung steht für uns das Projekt einer integrierten Finanz-, Städtebau-, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik.

Im Mittelpunkt: „Der Mensch in einer lebendigen Stadtgesellschaft“

*Wir setzen uns ein für:*

- » *Eine Begrenzung der Verkehrsgeschwindigkeit in der Nähe von Altenheimen und Seniorenwohnanlagen, die vor allem der Sicherheit dient*
- » *Fußgängerüberwege (Zebrastreifen) müssen für Verkehrsteilnehmer (Pkw etc.) frühzeitig erkennbar sein*
- » *Eine Absenkung der Bürgersteige an wichtigen Stellen, damit das sichere Vorankommen für Mitbürger mit Rollatoren und Gehbehinderung ermöglicht wird*
- » *Die Schaffung von zentrumsnahen Seniorenwohnungen*
- » *Die Schaffung von Begegnungsformen zum Austausch zwischen den Generationen*
- » *Die Bereitstellung einer örtlichen Telefonhotline für Senioren (Sorgen- und Auskunftstelefon)*



*Die öffentlichen Verwaltungen* haben sich einen unnötig schlechten Ruf erarbeitet. Es heißt, sie seien zu langsam, ineffizient, unzeitgemäß und orientieren sich nicht an den Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen, denen sie dienen. Das Rathaus ist die Schaltzentrale der Stadt. Hier laufen die Fäden aller öffentlichen Einrichtungen zusammen.

Gleichzeitig ist das Rathaus erste Anlaufstation und Dienstleister in vielen Belangen des täglichen Lebens. Wenngleich in den letzten Jahren das Thema der Digitalisierung auch hier schon deutlich an Raum gewonnen hat, ist das Optimum hier noch nicht erreicht. Beispiele wie die Digitale Bauakte sind Herausforderun-

gen, denen sich eine moderne Verwaltung stellen muss. Effizienzsteigerung und beschleunigte Verfahren sind hier nur zwei Parameter.

Hier wird aber nicht nur koordiniert, organisiert und geholfen – hier wird auch konkret Stadtentwicklung betrieben. Und weil das so ist, ist das Rathaus der zentrale Treff verschiedenster Meinungen und Erwartungen sowie unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Interessen.

Da in Zeiten der Globalisierung die Anforderungen an eine Stadt immer komplexer werden, brauchen wir eine moderne Verwaltung, die sich flexibel und hoch motiviert neuen Herausforderungen stellt.

Eine moderne Verwaltung muss heute dienstleistungs- und kundenorientiert ausgerichtet sein. Dazu bedarf es gut motivierter Mitarbeiterinnen, die dies verinnerlicht haben. Das Rathaus muss zu einem modernen Dienstleistungszentrum für Bürger entwickelt werden. Bürokratische Hemmnisse müssen analysiert und abgebaut werden.

Bürger wünschen sich heute eine agile und effiziente Verwaltung. Sie muss schnell reagieren und es ermöglichen, alle Anliegen online erledigen können.

*Wir setzen uns ein für:*

» *Nutzerzentrierte digitale Angebote, die Verfahren für den Bürger vereinfachen*

» *Die Prüfung weiterer Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen*

» *Eine verstärkte Mitarbeiterbindung in der Verwaltung durch nachhaltige Weiterbildungsangebote*

» *Effizienzsteigerung durch einen schnellen Ausbau der IT- Struktur (Digitalisierung)*

» *Eine verschlankte Verwaltung, die in den bestehenden Räumlichkeiten agiert und keine Zusatzflächen benötigt*

*Die Bedeutung von Wirtschaft* und Industrie für den Wohlstand unserer Stadt haben wir erkannt. Wir sehen die Unternehmer als Partner und Verbündete. Dieses ist die beste Voraussetzung für Investitionen und Arbeitsplätze. Sinnvoll ist es, die eigenen Stärken und Standortvorteile durch ein strategisches Kommunalmarketing zu verbessern.

Wir sind uns bewusst, dass die Kommunalpolitik auch verantwortlich dafür ist, ob in der Stadt ein positives Grundstimmung für die Bedeutung von Wirtschaft und Industrie vorherrscht. Viele der politischen Entscheidungen haben direkt oder indirekt Auswirkungen auf die Wirtschaft. Daher ist es notwendig, konkrete Zuständigkeiten zu bestimmen. Wirtschaftspolitik sollte als Querschnittsaufgabe über alle Politikbereiche und Verwaltungsstrukturen gesehen werden.

Zu einem grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Verständnis in der Politik bedarf es auch einer regelmäßigen konkreten Analyse der wirtschaftsrelevanten Kennzahlen und Rahmenbedingungen in unserer Stadt.

Dazu gehört auch die kommunale Wirtschaftsförderung. Sie kann einen zentralen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft in unserer Stadt leisten. Sie soll serviceorientiert und zielgerichtet sein und muss als Ansprechpartner den Unternehmen vor Ort zur Verfügung stehen.

*Daher setzen wir uns ein für:*

- » *Regelmäßig Berichte der Verwaltung zur wirtschaftlichen Entwicklung. Diese sollen Indikatoren z. B. zur Einwohnerentwicklung, Arbeitsmarktsituation, Kaufkraft, gemeindlicher Steuerkraft, Wohnungsbau, Gewerbeansiedlungen, Industrie- und Gewerbeflächen, Verkehrsinfrastruktur sowie Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze auswerten und mit benachbarten Kommunen vergleichen*
- » *Dialogformate, die die Verwaltung zwischen Politik, Verwaltung und den Unternehmen einrichtet*
- » *Die Einrichtung einer Position im Verwaltungsvorstand mit einer erkennbaren Verantwortlichkeit für wirtschaftliche Themenstellungen*
- » *Zusätzliche Generation von bedarfsgerechten Gewerbeflächen*

# move

BÜRGER BEWEGEN  
RHEDA-WIEDENBRÜCK

OFFEN UNABHÄNGIG VON HIER

## Zukunft gestalten

Die Zukunft unterliegt großen Veränderungen und wir wollen dazu beitragen, dass die gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort gelöst werden.

Die Vergangenheit hat uns aufgezeigt das eine lebenswerte Zukunft vorausgedacht und geplant werden muss. Das bedeutet, dass nicht Systeme, sondern Menschen die Verhältnisse ändern.

Wir wollen unsere Stadt zukunftsfähig machen. Diese „Leitlinien“ sind ein Baustein, um den Wandel zu gestalten. Sie werden kontinuierlich diskutiert, fortgeschrieben und weiterentwickelt.

*Zu diesem Prozess laden wir alle Bürgerinnen unserer Stadt ein. Wenn Sie Lust haben, Ihre Stadt mitzugestalten, kontaktieren Sie uns!*

*move – Bürger bewegen Rheda-Wiedenbrück e. V.  
Dr. Salzmännchen-Straße 23  
33378 Rheda-Wiedenbrück  
Telefon: 05242 58199 05  
E-Mail: [dialog@move-rw.de](mailto:dialog@move-rw.de)*